

## Samstagsinterview

Karin Keller-Sutter, St. Galler Justiz- und Polizeidirektorin

# «Die Ausschaffungsinitiative ist lückenhaft und zufällig»

Der Gegenvorschlag zur SVP-Initiative sei weiter gefasst, konsequent und umsetzbar, sagt Karin Keller-Sutter.



Foto: Marcel Bieri (Keystone)

### Interview: Rudolf Burger

**Frau Keller-Sutter, diese Woche sind die Raser von Schönenwerd verurteilt worden. Der Haupttäter muss über fünf Jahre ins Gefängnis. Ihr Kommentar zu diesem Urteil?**

Ich finde das angemessen und auch richtig, dass die Richter das Strafmass absolut ausschöpfen. Das ist ja nicht immer der Fall.

**Nach der SVP-Ausschaffungsinitiative, über die ja Ende November abgestimmt wird, würde dieser Täter automatisch ausgeschafft.**

Nein, nicht alle Täter würden mit der Initiative automatisch ausgeschafft. Nur mit dem Gegenvorschlag könnten auch die Nebentäter ausgeschafft werden. Beim Gegenvorschlag werden Ausländer bei allen Taten, die ein angedrohtes Strafmass von einem Jahr oder kumuliert über zwei Jahre ergeben, ausgewiesen.

**Aber beim Gegenvorschlag müsste der Richter die Verhältnismässigkeit beurteilen. Der Schönenwerder Haupttäter ist Grieche, vielleicht spricht er kein Wort Griechisch.**

Im Kanton St. Gallen haben wir einen 23-jährigen Türken ausgewiesen, der immer wieder Delikte begangen hat. Er kann nur gebrochen Türkisch, ist in der Schweiz geboren und lebte nie in der Türkei. Der Fall ging bis vors Bundesgericht, wo das Urteil bestätigt wurde. Das Bundesgericht befand, das öffentliche Interesse an der Fernhaltung dieses Mannes überwiege das private Interesse am Verbleib in der Schweiz.

**Sie sind für den Gegenvorschlag zur Ausschaffungsinitiative. Was ist beim Gegenvorschlag besser?**

Der Initiativtext ist lückenhaft und zufällig, Sozialhilfebetrug und Mord sind

gleich bewertet, und es fehlen wichtige Delikte, Wirtschaftsdelikte, schwere Körperverletzung. Der Gegenvorschlag ist weiter gefasst, konsequent und in unsere Rechtsordnung eingebettet...

**... und nicht völkerrechtswidrig?**

Nein, und der Gegenvorschlag berücksichtigt bilaterale Verträge wie die Personenfreizügigkeit. EU-Bürger könnten zwar ausgewiesen werden, aber etwa ein Sozialhilfebetrug würde dafür nicht ausreichen, es brauchte ein schweres Delikt. Ich kann nicht etwas unterstützen, das nicht umsetzbar ist.

**Laut einer Studie der Uni Neuenburg werden heute schon viel mehr Straftäter ausgewiesen als bisher angenommen, nämlich 750 statt jährlich nur 400. Die Autoren kommen zum Schluss, es brauche weder Initiative noch Gegenvorschlag.**

Es geht ja nicht nur um Zahlen. Die Ausweisung bei schweren Straftaten ist heute eine Kann-Bestimmung, die von den Migrationsämtern unterschiedlich gehandhabt wird. Nötig ist eine Angleichung der Praxis in den Kantonen.

**Also sollten auch Westschweizer Kantone vermehrt ausweisen.**

Das ist so. Ich sage nicht, die Westschweizer Kantone schaffen nicht aus, aber es gibt gewisse Unterschiede. Aber auch da gibt es keine genauen Zahlen, das Migrationsamt St. Gallen erhebt die Zahlen erst seit diesem Jahr.

**Wie viele Ausweisungen hat es in St. Gallen in diesem Jahr also gegeben?**

Nach der Neuenburger Studie waren es bis Mitte Jahr 72.

**Der Gegenvorschlag zur Ausschaffungsinitiative enthält auch einen Integrationsartikel. Ein Vorteil?**

Für mich wäre er nicht nötig gewesen. Aber das war im Parlament der Preis dafür, dass die linke Seite dem Gegenvorschlag zugestimmt hat.

**Die Umfrageergebnisse werden Ihnen nicht gefallen. Zurzeit sollen 58 Prozent für die SVP-Ausschaffungsinitiative sein, aber nur 41 Prozent für den Gegenvorschlag.**

Das überrascht mich nicht. Wenn von den Befürwortern der Initiative behauptet wird, Täter könnten in der Schweiz bleiben und würden für ihre Taten fast belohnt, dann verstehe ich diese Stimmung, auch wenn sie nicht der Realität entspricht.

**Wenn sich die Befürworter des Gegenvorschlags nicht gewaltig ins Zeug legen, wird wieder eine Vorlage angenommen, die sich nicht 1:1 umsetzen lässt.**

Ich sehe das nicht so dramatisch. Bei einem Ja zur Initiative hätte der Gesetzgeber den Auftrag, diese rechtskonform umzusetzen. Ich frage mich aber schon, wieso man sich dermassen an eine Vorlage klammert, die, wie die Praxis zeigt, in dieser Form nicht umsetzbar ist.

**Der Wirtschaftsverband Economie-suisse hat beschlossen, sich im Abstimmungskampf nicht zu engagieren. Ein Fehler?**

Ja, für diese Haltung habe ich kein Verständnis. Wenn wir heute ein Problem mit Ausländerkriminalität haben, ist das auch eine Folge einer Zuwanderungspolitik, die sich einseitig an den Interessen der Wirtschaft orientiert hat. Man hat auf günstige Arbeitskräfte gesetzt.

**Was war falsch an dieser Zuwanderungspolitik?**

Seien wir ehrlich: Das seinerzeitige Saisonierstatut hat funktioniert. Die

Arbeitskräfte waren ein paar Monate hier und fuhren dann wieder nach Hause. Der Familiennachzug, später verbunden mit dem Jugoslawien-Krieg, hat grosse Veränderungen gebracht. Man hat sich damals zu wenig Gedanken über die Qualifikation und die Integrationsfähigkeit dieser Menschen gemacht, und eine eigentliche Integrationspolitik gab es nicht.

**Heute hat man eine Integrationspolitik, die aber irgendwie nicht funktioniert.**

Doch, sie funktioniert. Der grosse Teil der ausländischen Bevölkerung arbeitet, zahlt Steuern, ist nicht kriminell, ist integriert. In jeder dritten Ehe heiratet ein Schweizer eine Ausländerin oder eine Schweizerin einen Ausländer.

**Sie haben den Ruf, eine Hardlinerin zu sein, und sind etwa als «eiserne Lady der Ostschweiz» bezeichnet worden. Stört Sie das?**

Ich bin nicht mehr Bundesratskandidatin, dieses Klischee muss also nicht mehr bemüht werden. Sie sind der Erste, der damit wieder kommt.

**Diesen Ruf hatten Sie nicht nur im Umfeld der Bundesratswahlen.**

Aber nicht in der Ostschweiz. Man sagt mir nach, ich sei konsequent und führe aus, was ich sage. Es sind aber klar linke

**“ Linke stellen mich als jemanden dar, der nur repressiv handelt.**

Kreise, die mich als jemanden darstellen wollten, der einseitig repressiv handelt.

**Im Fall der Fussball-Hooligans haben Sie mit Geldstrafen und Schnellgerichten dafür gesorgt, dass der Eindruck entstehen konnte, man habe es mit einer besonders harten Justizdirektorin zu tun.**

Ich leite die Arbeitsgruppe «Gewalt im Sport» der kantonalen Justizdirektoren und bin in dieser Frage immer als ihre Sprecherin aufgetreten. Vertreten habe ich ein Konzept, dem 26 Justizdirektoren, von SVP bis SP, zugestimmt haben. Darin steht, dass man Schnellverfahren anwenden soll. Das heisst, dass ein Untersuchungsrichter bei eindeutiger Beweislage bei Taten mit einem Strafmass von nicht über sechs Monaten sofort einen Strafbescheid erlassen kann.

**Sind Sie damit der Gewalt im Stadion des FC St. Gallen Herr geworden?**

Im Stadion sind wir nicht zuständig und auch in der Stadt St. Gallen nicht, das macht die Stadtpolizei, die wir unterstützen. Der Kanton hat aber rund um die Stadien in St. Gallen und Rapperswil-Jona eine sehr beruhigte Situation, weil Polizei und Staatsanwaltschaft mit sogenannten Beweissicherungs- und Festnahmeteams arbeiten. Diese Teams greifen gezielt auf Personen zu, die Straftaten begehen. Diese Personen werden gefilmt und sofort dem Untersuchungsrichter übergeben. Ich halte das für eine liberale Lösung, sie verhindert, dass die Polizei nach dem Match 30, 40, 50 womöglich unschuldige Personen zur Sicherstellung ihrer Identität und zur Befragung zurückhält.

**Ihr Spitzenfussballklub, der FC St. Gallen, steht vor dem Konkurs, das St. Galler Stadtparlament will keine zwei Millionen bezahlen. Bezahlt**

**der Kanton, wie im Sanierungskonzept geplant, seine vier Millionen?** Für dieses Dossier ist mein Kollege Willi Haag zuständig. Über die vier Millionen wird die Finanzkommission des Kantonsrats am 4. November beraten. Mich überrascht, wie wichtig das Parlament der Heimatgemeinde des Klubs die Vorlage verworfen hat. Die Verantwortlichen gegessen sichtlich wenig Vertrauen.

**Vermutlich ist man der Ansicht, es sei nicht Pflicht der Steuerzahler, einen Fussballklub zu unterstützen.** Das ist so. Die Finanzspritze des Staates ist vielleicht eine schlechte Lösung, aber auch das Verschwinden des einzigen Super-League-Klubs in der Ostschweiz zusammen mit der ganzen Stadioninfrastruktur wäre eine schlechte Lösung.

**Man könnte argumentieren, dass die Steuerzahler ja auch das Theater und die Musik unterstützen. Wieso nicht auch den Fussball?** Die Befürworter haben tatsächlich ausgerechnet, wie viel pro Kopf für Kultur, fürs Stadttheater bezahlt wird. Mir macht das gegenseitige Aufrechnen Mühe, wir stecken in einer Ausnahme-situation. Aber jetzt, da das Stadtparlament Nein gesagt hat, dürfte die vorgeschlagene Sanierung wohl auch im Kantonsrat vom Tisch sein.

**Vielleicht spendet Edgar Oehler, der Chef der Arbonia-Forster, ein paar Millionen.** Das weiss ich nicht. Theoretisch möglich wäre auch, dass die Banken auf einen Teil oder alle ihre Forderungen verzichten. Ich hoffe, dass es gelingt, die Löcher auf privater Basis zu stopfen.

**Die NZZ hat Sie als «prinzipientreue Liberale» bezeichnet. Wie äussert sich das?** Ich überlege mir bei allen politischen Fragestellungen, was der liberale Standpunkt sein könnte, was aber nicht immer einfach ist.

**Gerade dann nicht, wenn es darum geht, mit mehr Polizei für mehr Ruhe und Ordnung zu sorgen.** Da machen Sie einen Denkfehler. Montesquieu sagt: «Die Herrschaft des Rechts ist die Grundlage der Freiheit.» Wenn es eine einzige Staatsaufgabe gibt, die man nicht abtreten kann, ist es das Gewaltmonopol. Der Rechtsstaat garantiert, dass Gesetze eingehalten und Grenzverletzungen sanktioniert werden. Eine Gesellschaft, in der man sich nicht an die Spielregeln hält, ist antisozial.

**Ist es aber liberal, wenn ein Staat die Wirtschaft stützen muss wie im Fall der UBS?** Auch da ging es um die Wahl zwischen zwei schlechten Lösungen. Als Mitglied einer Exekutive ist es wichtig, Wertvorstellungen, Überzeugungen zu haben, aber in einer Exekutive steckt man das Parteiprogramm besser in die Schublade, wenn man Lösungen finden muss. Die UBS war zwar ein liberaler Sündenfall, aber der Staat hat ja letztlich profitiert.

**Die Milliarden sind noch nicht alle zurück.** Ein Teil der toxischen Papiere ist noch bei der Nationalbank, die unabhängig ist. Was die Eidgenossenschaft gegeben hat, ist mit Zinseszins zurückgekommen. Klar ist, dass der Konkurs der UBS für die Gesellschaft schädlicher gewesen wäre, da hätten viele Kleinsparer und KMU ihr Geld verloren. Dann wären die Verluste im Gegensatz zur gefundenen Lösung tatsächlich sozialisiert worden.

**Ihre Partei, die FDP, hat in kantonalen Wahlen mit wenigen Ausnahmen – eine davon St. Gallen – Stimmen verloren. Was macht die FDP falsch?** Wir haben nun einmal eine zersplitterte Parteienlandschaft, und BDP und Grünliberale gelten vielleicht als unverbraucht. Diese Zersplitterung ist für die Verlässlichkeit, die Berechenbarkeit und die Stabilität der Politik nicht förderlich. Ein Teil der FDP-Anhänger hat zum Beispiel wegen der EU-Frage zur SVP gewechselt.

“**Reformen unterbleiben, weil man nur Wähleranteile im Kopf hat.**“

**Man rechnet damit, dass die SVP bei den nächsten Wahlen noch einmal zulegen und auf einen Anteil von über 30 Prozent kommen könnte.** Das weiss ich nicht. Ich hoffe sehr, dass wir zu einem überblickbaren Parteiensystem zurückkehren. Sonst besteht die Gefahr, dass sich auch in den Kantonen die Parteien zunehmend blockieren, wie jetzt im Bund – Stichwort II. AHV-Revision. In diesem Land unterbleiben wichtige Reformen, weil man nur noch die eigenen Wähleranteile im Kopf hat. Mir macht Sorge, dass die Kräfte, die Lösungen anbieten, geschwächt werden.

**Sie kommen aus einem katholischen Elternhaus und könnten für die Fusion von FDP und CVP eintreten.** Ich bin nicht sicher, ob das die Mitte stärken würde. Das Spektrum vom Christlichsozialen bis zum Rechtsfreisinnigen ist gross, ob man zusammen 30 Prozent erreichen würde, ist doch fraglich.

**Vor fünfeinhalb Wochen waren Sie Bundesratskandidatin. Haben Sie die Nichtwahl verdaut?** Schon am 22. September habe ich gesagt, das sei wie beim Jassen: Am Schluss wird addiert und doppelt unterstrichen. Ich habe das Resultat mit einer grossen inneren Ruhe zur Kenntnis genommen.

**Aber Sie haben sicherlich analysiert, weshalb Ihre Kandidatur gescheitert ist. Wegen der SVP, weil Sie die fünfte Frau gewesen wären?** Auch schon am 22. September habe ich

erklärt, dass ich das Resultat nicht bis Weihnachten analysieren und nach Schuldigen suchen werde. An einem solchen Tag muss vieles zusammenpassen. Das war nicht der Fall. Punkt. Für mich ist das erledigt.

**In den Medien haben Sie erklärt, in dieser Zeit viel gelernt zu haben.** Ich habe in Bundesbern hinter die Kulissen sehen können. Ich könnte jetzt in einer nächsten Wahl vielleicht künftige Kandidaten coachen. (Lacht.)

**Vielleicht werden Sie ja selber wieder Bundesratskandidatin.** Wissen Sie: In der Regel sind solche Konstellationen einmalig. Wahnsinnig positiv war für mich die grosse Unterstützung, die ich gespürt habe, in der Fraktion, in der Parteibasis und in der Bevölkerung. Ich habe viele Mails, Briefe, Geschenke, Blumen, Schokolade erhalten.

**So quasi zum Trost?** Nicht nur, man hat meine Nichtwahl bedauert und mir für die Kandidatur gedankt. Es schreiben mir heute noch Menschen, ich fühle mich sehr getragen.

**Die nächste politische Entscheidung kommt bald: Treten Sie im Kanton St. Gallen für den Ständerat an?** Diese Diskussion findet in der FDP St. Gallen statt. Es gibt verschiedene Optionen, Entscheide sind noch keine gefällt.

**Noch nicht entschieden ist wohl auch, ob Sie 2012 eine vierte Amtsperiode als Regierungsrätin anhängen.** Auch das weiss ich noch nicht.

**Kann man es so sagen: So oder so bleiben Sie der Politik erhalten?** Auch das ist offen. Ich bin mit Leib und Seele Exekutivpolitikerin, könnte mir aber auch vorstellen, anderswo Führungsfunktionen zu übernehmen.

**In der Wirtschaft?** Wirtschaft, Verband. Ich bin 46 Jahre alt und politisiere leidenschaftlich gerne. Die Kombination von politischer Gestaltung und Führung jetzt in der Regierung ist für mich eine Traumkombination, aber vielleicht gibt es auch andere Traumkombinationen.

#### Karin Keller-Sutter

Karin Keller-Sutter, Jahrgang 1963, ist in Niederuzwil geboren und in Wil aufgewachsen. Nach der Handelsschule in Neuenburg bildete sie sich in Zürich zur Konferenzdolmetscherin aus. Danach kamen Studien in Politikwissenschaft in London und Montreal und ein Nachdiplomstudium in Pädagogik in Freiburg. Ihre politische Karriere begann sie 1992 als Gemeinderätin in Wil. 1996 wurde sie Kantonsrätin, 1997 Gemeinderatspräsidentin und Präsidentin der FDP des Kantons St. Gallen. Seit 2000 ist sie Vorsteherin des Sicherheits- und Justizdepartements des Kantons St. Gallen. Karin Keller-Sutter ist verheiratet. Sie wohnt in Wil. (bur)

**Die gesammelten Samstagsinterviews** samstagsinterviews.derbund.ch

## Diese Woche

**Leitartikel** Ein Jahr vor den Wahlen beklagen viele eine Blockade der Schweizer Politik. Braucht es einen Befreiungsschlag? Unsinn. *Patrick Feuz*

# Wie die Polarisierung der Schweiz nützt

Es liegt mehr in der Luft als die Frage, ob BDP-Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf Ende 2011 einem SVP-Vertreter weichen muss. Ein Jahr vor den nationalen Parlamentswahlen reden viele Politiker von einer «grundsätzlichen Weichenstellung»: Je nach Wahlergebnis müsse man sich überlegen, die Konkordanz im Bundesrat zu beenden. Bürgerliche liebäugeln mit einer Mitte-rechts-Regierung. Linke träumen von einem Bundesrat ohne SVP. Der Wunsch nach einem Befreiungsschlag ist auf allen Seiten spürbar. Viele treffen sich in der Einschätzung, die heutige Polarisierung sei unfruchtbar.

#### Destruktive Kraft von SP und SVP

Die Pol-Parteien SP und SVP haben heute die Kraft, die Politik lahmzulegen, ohne in der Sache gemeinsame Alternativen zu bieten. Dieser Konstellation sind jüngst die AHV-Reform und ein Paket gegen hohe Krankenkassenprämien zum Opfer gefallen – der Doppelschlag gilt seither als Fanal für die zunehmende Schwierigkeit, im heutigen System die anstehenden Probleme zu lösen. Ist die Schweiz bald unregierbar?

Destruktive Koalitionen sind ein Ärgernis, aber sie kommen höchst selten vor – von einer breiten Blockade keine Spur. Wer den Bogen überspannt, wird bestraft: Die SP kann ihre Neinsager-Rolle bei der Sicherung der Sozialwerke nicht ewig durchziehen, wenn sie den Verlust linksliberaler Wähler stoppen will. Bereits zeichnet sich ab, dass sie demnächst wenigstens Hand zu einer Umgestaltung der medizinischen Grundversorgung bietet. Auch die SVP muss bald wieder den einen oder anderen Kompromiss mitbringen – sonst verspielt sie im bürgerlichen Lager den Goodwill, den sie für einen zweiten Bundesratsitz braucht. Intern häufen sich offensichtlich die Zweifel am harten Kurs: Keine andere Partei stimmt im Parlament so wenig geschlossen wie die SVP.

Die Polarisierung verzögert zwar manchmal Lösungen. Aber insgesamt nützt sie der Schweizer Politik: Sie hat den bis in die 1980er-Jahre dominierenden Bürgerblock aufgebrochen. Seit das bürgerliche Lager weniger geschlossen ist, wechseln im Parlament häufiger die Koalitionen. Die Schweizer Politik ist dadurch vielseitiger und bunter geworden. Einmal gewinnt Mitte-rechts, einmal Mitte-links – je nach Thema. Wenn nicht immer die Gleichen verlieren, ist das Konkordanz im besten Sinn.

Der Frust von FDP und CVP ist nachvollziehbar: Sie zimmern die umsetzbaren Lösungen, die das Land

vorwärtsbringen, doch vermarkten lässt sich die Leistung schlecht – SVP und SP werden mit ihren populistischen Forderungen stärker wahrgenommen. Die von FDP und CVP zur Schau gestellte Sorge um die Zukunft des Landes gründet aber vor allem in Selbstmitleid. Denn die zentrifugalen Kräfte werden nicht ungebremst stärker: Die Mitte als politische Kraft erlebt eine sanfte Renaissance. Nur sind es nicht FDP und CVP, die dafür sorgen, sondern Grünliberale und BDP.

Die beiden Kleinparteien profitieren vom Reiz des Neuen, aber auch von den Versäumnissen der FDP. Diese hat ihr Versprechen aus den 1980er-Jahren, ökologische Anliegen mit wirtschaftsfreundlichen Positionen zu versöhnen, bis heute nicht eingelöst. Jetzt springen halt andere in die Lücke.

Das Parlament ist ein bunter Haufen, eine vielfältige Mitte erhöht die Spielmöglichkeiten zusätzlich. Zudem machen Abweichler auf allen Seiten den Parteistrategen einen Strich durch die Rechnung. Schon deshalb ist es naiv, von den Wahlen 2011 eine Klärung zu erwarten: Kantonale Wahlen und Umfragen deuten nicht auf ein Erdbeben, sondern auf eine leichte Stärkung der Mitte, wahrscheinlich auf Kosten von Rot-Grün. Verschiebungen, die kaum ins Gewicht fallen, wenn es auch künftig Abweichler gibt.

#### Der Segen langweiliger Wahlen

Die Schweizer Politik funktioniert harzig. Doch ihre Resultate können sich im Vergleich sehen lassen. Weil sie von einem Parlament ohne starre Mehrheiten errungen sind und zusätzlich die Möglichkeit der Volksmitsprache zur Ausgewogenheit zwingt. Diesem Erfolgssystem eine Regierung aufzupropfen, die stärker in die eine oder andere Richtung rennt, bringt nichts – sie wäre ein Fremdkörper.

Neidisch verfolgen wir Wahlen in Deutschland, Frankreich und Amerika. Was für ein Spektakel, was für eine Spannung. Doch wir fahren besser mit unseren langweiligen Wahlen. Es ist ein Vorteil, wenn die Politik nicht alle vier Jahre auf den Kopf gestellt wird.

**Die Mitte erlebt als politische Kraft eine sanfte Renaissance – dank BDP und Grünliberalen.**

Anzeige

**BREITLING**  
1884

INSTRUMENTS FOR PROFESSIONALS™

JOHN TRAVOLTA  
PROFESSIONAL PILOT

**STÄHLI**  
GOLDSCHMIED

Kramgasse 67 - 3011 Bern